

## Medienmitteilung

Thema	Gaswerkareal und gemeinnütziger Wohnungsbau
Für Rückfragen	Sandra Ryser, 079 657 96 52 Matthias Egli, 076 516 55 12
Absender	Grünliberale Fraktion im Stadtrat der Stadt Bern
Datum	23. Januar 2018

Fortschritte auf dem Gaswerkareal, aber es fehlen wichtige Rahmenbedingungen

**Die Grünliberalen Stadt Bern sind erfreut und begrüssen, dass fünf Jahre nach dem ersten Vorstoss der Grünliberalen im Stadtrat endlich ein umfassender Bericht zum Gaswerkareal zur Diskussion steht, indem viele Forderungen der glp aufgenommen wurden: Kauf durch die Stadt, ein transparenter von der Stadt durchgeführter Planungsprozess unter Einbezug des Stadtrates und ein städtebaulicher Wettbewerb.**

**Allerdings sind die Grünliberalen nicht mit allen im Bericht vorgeschlagenen Rahmenbedingungen für die Arealentwicklung einverstanden. So kritisieren wir, dass die Stadt 25% des Areals selber bebauen und in den Neubauten GüWR-Wohnungen erstellen und durch die Einnahmen aus dem Anteil der konventionellen Wohnbauträger quersubventionieren will.**

**Zudem priorisieren die Grünliberalen Anreize zur Erhöhung der Personendichte anstatt einer rein baulichen Verdichtung. Wir fordern vom Gemeinderat, sich für einen Anteil von mindestens 50% Familienwohnungen einzusetzen sowie flexibel verhandelbare angemessene Baurechtszinsen und die Nutzung von neuen technologischen Möglichkeiten einer SmartCity.**

**Es ist nicht Aufgabe der Stadt Wohnungsbau zu betreiben.**

Die Stadt soll die 25% des Areals, welche für den eigenen Wohnungsbau vorgesehen war gemeinnützigen Wohnbauträgern überlassen. Die Stadt will auf 25% des Areals selber bebauen und unter anderem für GüWR Wohnungen missbrauchen. Wohnbaugenossenschaften und weitere private Akteure bauen aber schneller und näher an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Die Stadt muss sich daher auf ihre Rolle als Verpächterin und Regulatorin konzentrieren, d.h. ihr Bauland unter Auflagen vergeben, welche das Wohl der Allgemeinheit maximieren. Sie soll dafür sorgen, dass in Bern ökologisch und sozial nachhaltig gebaut wird und die Rahmenbedingungen entsprechend für gemeinnützige wie auch institutionelle anpassen.

**Baurechtszinsen für gemeinnützige Wohnbauträger nicht ohne Wettbewerb vergeben**

Die Stadt beabsichtigt die Baurechtszinsen zu einem politisch festgelegten günstigen Tarif an gemeinnützige Wohnbauträger abzugeben. Die Vergabe der Parzellen an gemeinnützige Wohnbauträger soll nicht wie vom Gemeinderat beabsichtigt zum politisch festgesetzten günstigen Baurechtszins abgegeben werden. Zusätzlich zum Konzeptverfahren, solle es ein Bieterverfahren für die Festsetzung der Baurechtszinsen für gemeinnützige Wohnbauträger. Zusätzlich zur Schonung der Stadtfinanzen wird damit der Anreiz für raumschonendes Bauen und Wohnen weiter gesteigert.

**Forderungen für mehr Familienwohnungen und höhere Personendichte**

In der Stadt Bern herrscht zunehmender Wohnungsnot – insbesondere für junge Familien. Bei den neuen Überbauungen soll dem Bedarf an bezahlbaren Familienwohnungen Rechnung getragen werden. Auf dem Gaswerkareal soll beim Wohnbau ein Anteil von mind. 50% Familienwohnungen entstehen. Dabei soll die Personendichte möglichst hoch sein und so der Flächenverbrauch pro Kopf minimiert werden. Zusätzlich sind attraktive durchmischte Wohnkonzepte ein Anreiz für den Mittelstand, Kapital zu investieren und das Steuersubstrat der Stadt Bern langfristig zu stärken.

## Chancen der SmartCity in der Stadtentwicklung berücksichtigen

Neu Stadtentwicklungen bieten die Chancen auch neue technologische Entwicklungen anzuwenden. Das Gaswerkareal ist prädestiniert für SmartCity Konzepte wie zum Beispiel die Erschliessung des Areals mit autonomen Shuttles. Die Grünliberalen fordern, dass insbesondere beim Mobilitätskonzept auch neue, innovative Systeme wie zum Beispiel selbstfahrende Shuttles berücksichtigt werden.